

lich-technisch zu bearbeiten, trifft weder ihr vorgängiges, von sich her Anwesendsein, noch vermag *diese* Erkenntnismethode, unbeschadet ihrer weltverändernden Macht, die Zeitoffenheit des weiteren Ganges der Natur „von außen“ zu begründen.

Wer für sein Denken beansprucht, sich „Jenseits von Sein und Zeit“ (St. Strasser, *Jenseits von Sein und Zeit – Eine Einführung in die Philosophie von Emmanuel Lévinas*, Den Haag 1978.) zu bewegen, steht gleichwohl vor dem Geheimnis der Vermittlung. Die Zeit, der Andere, für den ich verantwortlich bin und umgekehrt, ist jeden Augenblick durch Schöpfung vermittelt (*creatio continua*).

Es ist der gewaltige Unterschied zwischen Schöpfung und Evolution, Natur und Weltgeschichte, der Unterschied zwischen dem Seinsdenken und dem Gedanken der Schöpfung aus Nichts, welcher das denkwürdige Philosophieren von Emmanuel Lévinas im Streitgespräch mit der abendländischen Ontologie wieder bewußt macht. Und die Idee der Unendlichkeit, der cartesianische Schluß von ihr auf die Gottesidee im *absichernden* Rückschlußverfahren auf die *Selbstgewißheit*, vermag den Unterschied zwischen dem Gott der Philosophen und dem Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs (Pascal) niemals aufzuheben.

Walter Strolz

Widersprüchlicher Reformkurs

Zur jüngsten Entwicklung in der Volksrepublik China

Setzt sich der von Deng Xiaoping eingeleitete Reformkurs weiter durch, oder muß aus den Reaktionen auf die Studentenunruhen Ende letzten Jahres auf einen grundlegenden Kurswechsel geschlossen werden? Sind Auswirkungen auch auf die Religionspolitik zu erwarten? Georg Evers hat die Entwicklung während der letzten Monate beobachtet. Er kommt zu dem Schluß, daß der Machtkampf innerhalb der Partei über den einzuschlagenden Kurs noch nicht ausgestanden ist und die verbleibenden Widersprüche eher eine Zunahme von Spannungen erwarten lassen.

Die Studentenunruhen in der Volksrepublik China am Ende des Jahres 1986 haben auch in den westlichen Medien große Aufmerksamkeit gefunden. Soweit es westlichen Journalisten möglich war, haben sie in Wort und Bild den Forderungen der Studenten nach mehr Demokratie, größeren Schutz der Menschenrechte und Trennung von Regierung und Partei Ausdruck verliehen. Mit den Bildern der protestierenden Studenten wurden Erinnerungen an die Anfänge der Kulturrevolution (1966–1976) geweckt, verbunden mit Fragen, ob die Reformpolitik der Öffnung Chinas für westliche Einflüsse vor einer grundlegenden Korrektur stehe. Seitens der offiziellen Medien der Partei wurde hingegen versichert, daß es sich bei den protestierenden Studenten nur um eine verschwindende Minderheit – als offizielle Zahl wurde 1% genannt – der Studentenschaft handle, die keineswegs für die chinesischen Studenten allgemein und noch weniger für das chinesische Volk im großen repräsentativ seien.

Die Studentenunruhen und die Reaktionen der Partei

Beginnen hatten die Demonstrationen an der Universität für Wissenschaft und Technik in Hefei, wo die Studenten am 4. Dezember 1986 zuerst auf die Straße

gingen. Zwei Wochen später nahmen Studenten in Shanghai die Parolen nach Demokratie und stärkerer Respektierung der Menschenrechte auf, bis die Bewegung gegen Ende des Jahres die Hauptstadt Peking erreichte. Anfänglich waren die Reaktionen der Sicherheitsbehörden gegenüber den protestierenden Studenten von großer Behutsamkeit und Rücksichtnahme bestimmt. Es war sehr deutlich, daß Anweisungen bestanden, Zwischenfälle zu vermeiden und die Konfrontation zwischen Studenten und Staatsgewalt sich nicht eskalieren zu lassen. Es war wohl auch auf die ausländische Berichterstattung zurückzuführen, daß um die Jahreswende das Auftreten der Polizei härter wurde und auch die Berichterstattung in den chinesischen Medien sich mit harter Kritik gegen die Studenten wandte. Die offenen Demonstrationen brachen danach sehr bald ab.

Bei den demonstrierenden Studenten und der großen Zahl (die große Mehrheit?) der mit ihnen sympathisierenden Kommilitonen handelt es sich um die erste Generation von Studenten, die nicht mehr von der schmerzhaften Erfahrung der Kulturrevolution geprägt ist, sondern eine normale Kinder- und Schulzeit hinter sich haben. „Wir sind wichtig!“ – dieser Satz charakterisiert das neugewonnene Selbstbewußtsein der jungen Leute. Sie sind auf neue Weise geschult und gewohnt, ihre Meinung zu sagen; sie wollen diskutieren und sind nicht leicht bereit, auf Autoritäten, schon gar nicht auf Parteiautoritäten zu hören. Für diese Jugend hat die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei viel an Attraktivität verloren, wie sich an den sinkenden Zahlen der Zugehörigkeit zur Jugendliga der Partei zeigt. Wie sich aus verschiedenen Berichten chinesischer Publikationen aus den verschiedenen Provinzen belegen läßt, sind diese Jugendlichen der Meinung, daß die Aktivitäten der Jugendliga langweilig seien und daß die politischen Kader bei den politischen Schulungen dogmatisch, engstirnig und wenig inspirierend wirkten. Bis zum Ende des ver-

gangenen Jahres wurde den Jugendlichen in den Medien, auch den offiziellen, von Regierung und Partei viele Möglichkeiten geboten, ihre Kritik und Erwartungen zu äußern.

Mit der Beendung der Studentenproteste Anfang Januar wurden auch Maßnahmen gegen die für die Verbreitung der abweichenden Ideen verantwortlichen Professoren und Schriftsteller ergriffen. Dabei ging es der Partei offensichtlich nicht um eine großangelegte Kampagne, sondern um ein *Exempel*, das an wenigen besonders ausgewählten Personen statuiert werden sollte. So wurde zunächst der Präsident der Universität von Hefei, *Guan Weiyuan*, aus der Partei ausgeschlossen und seines Postens enthoben. Besonders ausführlich wurde der Parteiausschluß des Vize-Präsidenten, *Fang Lizhi*, in den offiziellen Medien begründet. Dem international bekannten Astrophysiker wurde vorgeworfen, daß er die führende Rolle des Leninismus-Marxismus bezweifelt, das sozialistische System in Frage gestellt und die führende Rolle der Partei bestritten habe. Darüber hinaus sei er für die Freiheit der Universitäten und der Intellektuellen von der Kontrolle durch die Partei eingetreten. Der schwerste Vorwurf bestand aber darin, daß er einer „vollständigen Verwestlichung“, einschließlich der Übernahme des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Wort geredet und damit die Studenten nicht nur seiner Universität, sondern im ganzen Land negativ beeinflusst habe. Ebenfalls aus der Partei ausgeschlossen wurden die beiden Schriftsteller *Wang Ruowang* und *Liu Binyan*, die beide im ganzen Land bekannt sind und im Schriftstellerverband an führender Stellung tätig waren. Auch gegen sie wurde der Vorwurf erhoben, daß sie für Ideen einer „bürgerlichen Liberalisierung“ sich eingesetzt und die Prinzipien des Sozialismus und der kommunistischen Partei in Frage gestellt hätten. Beide Schriftsteller haben schon während der Kulturrevolution und in vorausgegangenen anderen Säuberungskampagnen Erfahrungen mit Parteiausschluß und Arbeitslager bzw. Gefängnis gemacht. Die jetzigen Maßnahmen, die sich nur auf den Parteiausschluß beschränken, werden von den offiziellen Stellen als Beleg für ihre These gebracht, daß mit diesen Schritten nicht eine generelle Kampagne gegen Wissenschaftler und Intellektuelle verbunden sei, sondern sich die Maßnahmen ausschließlich auf die kommunistische Partei Chinas erstreckten.

Kampf gegen die „Bürgerliche Liberalisierung“ – Beibehaltung der Reformpolitik?

So soll offensichtlich auch der „Rücktritt“ (so die offizielle Sprachregelung in den chinesischen Medien) des Generalsekretärs *Hu Yaobang* am 16. Januar auf einer erweiterten Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der kommunistischen Partei Chinas verstanden werden. Der ganze Vorgang, einschließlich der Ernennung des Ministerpräsidenten *Zhao Ziyang* zum amtierenden General-

sekretär, verstieß eigentlich gegen die Bestimmungen des Parteistatuts, macht aber auch deutlich, daß eine innerparteiliche Klärung offensichtlich als sehr dringend angesehen wurde.

Die gegenwärtige Kurskorrektur in der chinesischen Politik wird offiziell als „Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung“ bezeichnet. Dabei handelt es sich um die Auseinandersetzung mit der „falschen ideologischen Strömung, die das sozialistische System negiert, für den Kapitalismus plädiert und die Führung durch die kommunistische Partei Chinas ablehnt“. Ausgelöst sind die Auseinandersetzungen durch den Reformkurs der gegenwärtigen Regierung unter Deng Xiaoping in Politik, Ideologie und Wirtschaft. Im ökonomischen Bereich hat sich eine *duale Wirtschaftsform* herausgebildet mit einem vom Staat kontrollierten Sektor (sozialistische Planwirtschaft) und einem Sektor, in dem es Eigeninitiative und Ansätze einer Marktwirtschaft gibt. Diese Entwicklung ist in China sogar weiter gegangen als in den osteuropäischen Staaten. Der Staatssektor macht in China immer noch 70% der gesamten chinesischen Wirtschaft aus. Die kollektiv geführten Wirtschaftsunternehmungen in Handel und Transport erweisen sich aber den staatlichen in der Regel überlegen und wachsen erheblich schneller als diese. Der eigentlich private Sektor der Wirtschaft ist gegenwärtig noch verschwindend klein. Er beläuft sich gerade auf 1% des chinesischen Bruttosozialprodukts. Von den Wachstumsraten her gesehen, verliert aber der staatliche Sektor immer mehr an Bedeutung.

Der Reformkurs in der Wirtschaft hat natürlich zu einer *weitgehenden Änderung in den Konsum- und Lebensgewohnheiten* gerade der einfachen Chinesen in den Städten, aber auch auf dem Land geführt. Das Produktionsverantwortlichkeitssystem, das an die Stelle der Volksgemeinschaft getreten ist, hat die Landwirtschaft revolutioniert. Die Erträge für die Grundnahrungsmittel Reis und Getreide konnten durch bessere Düngung und intensivere Nutzung erheblich gesteigert werden. Die Anreize durch die freien Märkte brachten eine breite Diversifizierung der Produkte mit wachsendem Gewinn für die Bauern. Wenn die Bauern auch nicht die sozialen Sicherungen der Industriearbeiter in den Städten genießen, so konnten sie doch durch Eigeninitiative und Ausnutzung der neu gewährten Freiheiten ihre finanzielle Situation stark verbessern. Sprichwörtlich für die „neuen reichen Bauern“ ist das Gerede von den „10 000 Yuan-Bauern“ geworden, d.h. von bäuerlichen Haushalten, die in einem Jahr diese stolze Summe (und mehr) erwirtschaften konnten.

Dieser wirtschaftliche Wandel, verbunden mit der generellen Öffnung gegenüber westlichen Ideen und Kontakten, hatte schon vor einigen Jahren die Partei stark beunruhigt und zu einer *Kampagne gegen die „geistige Verschmutzung“* bewegt, die aber schon nach kurzer Laufzeit wegen ihrer allgemeinen Unbeliebtheit und Ineffektivität wieder abgebrochen werden mußte. Jetzt hat es den Anschein, als ob über den Kampf gegen die

„bürgerliche Liberalisierung“ die Anstrengungen für den Aufbau der „sozialistischen geistigen Zivilisation“ (Beschluß des Zentralkomitees der KP Chinas vom 28. 9. 86) verstärkt in die Tat umgesetzt werden sollten.

Es ist durch verschiedene Publikationen, gerade auch in den Medien, die sich an das Ausland wenden, sehr deutlich, daß die chinesischen Partei- und Regierungsstellen große Anstrengungen machen, um im Ausland den Eindruck zu zerstreuen, daß sich eine grundlegende Änderung der chinesischen Politik anbahne. Die Art der Berichterstattung im Ausland hat der politischen Führung in China die Gefahr deutlich gemacht, daß durch eine grundsätzliche Verunsicherung der ausländischen Partner die politische und wirtschaftliche Kooperation mit dem Ausland in Gefahr geraten könnte. Aus dieser Sorge werden die wiederholten Bekräftigungen verständlich, mit der die politische Führung betont, daß sich gegenwärtig in China keine grundlegenden Änderungen in der Außen- und Wirtschaftspolitik abzeichnen, vielmehr der Öffnungs- und Reformkurs weiterhin die offizielle Linie der Politik von Regierung und Partei darstelle. Diese *Beschwichtigungsbemühungen* haben aber nur teilweise Erfolg. Ausländer, die als Wissenschaftler, Sprachlehrer und Vertreter von Handelsfirmen längere Zeit in der Volksrepublik China leben, berichten, daß sich das Verhältnis vieler Chinesen zu Ausländern im Lande geändert habe. Es gäbe verstärkte Kontrollen dieses Kontaktes. Chinesen, die Ausländer in Hotels oder anderen Unterkünften besuchten, müßten wieder wie in den Zeiten der Kulturrevolution ihre Personalien schriftlich hinterlegen und den Grund ihres Besuches angeben. Zwar seien keine eigentlichen Beschränkungen für den Kontakt mit Ausländern verfügt worden, de facto kämen diese Kontrollen aber doch einer effektiven Behinderung eines freien Austausches zwischen Chinesen und Ausländern gleich. Besonders groß sei die Scheu ausländischen Pressevertretern gegenüber geworden, da die Grenze zwischen einfacher Berichterstattung und der Beschaffung von illegaler Information, sprich: Beihilfe zur Spionage für das Ausland, in vielen Fällen nicht zu erkennen sei. Maßnahmen der Regierung gegen ausländische Journalisten – in der Regel nach kurzer Haft die Ausweisung – hätten für die chinesischen Informanten viel weiterreichende Konsequenzen.

Auseinandersetzung um die Generallinie der Partei

Schwerer festzustellen sind die Auswirkungen der politischen Auseinandersetzung auf die ausländischen Wirtschaftsbeziehungen. Entscheidungen für langfristige Investitionen in den chinesischen Markt stehen natürlich in einem engen Zusammenhang mit der Kalkulation des damit verbundenen Risikos. Dabei spielen natürlich neben den wirtschaftlichen Überlegungen auch die Fragen der politischen Stabilität und der Verlässlichkeit der chinesischen Partner eine große Rolle.

Viele Beobachtungen der letzten Wochen machen deutlich, daß sich innerhalb der Führung der KP Chinas ein *Kampf um die Generallinie der Partei* stattgefunden hat. Die Vorgänge um den Rücktritt (Absetzung) von *Hu Yaobang* und die dabei gegen ihn geäußerten Vorwürfe betrafen offensichtlich nicht allein den Generalsekretär der Partei, sondern zielten auch auf seinen Mentor, *Deng Xiaoping*, von dem man sagt, daß er in Hu seinen möglichen Nachfolger gesehen habe. Die Gruppe um *Li Xiannian*, dem Staatspräsidenten, und *Peng Zhen*, dem Leiter des ständigen Komitees der KP Chinas, versucht offensichtlich eine Korrektur des eher liberalen Kurses in Richtung einer stärkeren Betonung der Ideologie und der Führung der Geschicke Chinas durch die kommunistische Partei zu erreichen. Äußerlich sichtbar wurden die Auseinandersetzungen in der Partei im Streit um die sog. „vier Grundprinzipien“. Mit dem Beginn der Reformpolitik von Deng Xiaoping hatten er und seine Mitstreiter immer wieder vier Prinzipien als unverzichtbar für die chinesische Politik genannt und auch in die Neufassung der chinesischen Verfassung verankert: 1. das Festhalten am sozialistischen Weg; 2. Beibehaltung der demokratischen Diktatur des Volkes; 3. die Führung durch die kommunistische Partei und 4. die Verbindlichkeit des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen.

Mit dem Beginn des Kampfes gegen die „bürgerliche Liberalisierung“ wurde vom Flügel der Gegner der Reformpolitik die *Reihenfolge der vier Grundprinzipien* ostentativ umgestellt. An die Spitze der Prinzipien trat die Führung durch die kommunistische Partei, gefolgt vom Einschärfen der Verbindlichkeit des Marxismus-Leninismus und der Mao-Zedong-Ideen, damit wurde wieder der Primat der Ideologie herausgestellt. Für China-Beobachter stellt das Hin und Her in der Reihenfolge, in der die vier Grundprinzipien von Einzelpersonen und den verschiedenen offiziellen und offiziellen Publikationen in China aufgelistet werden, ein besonderes Feld für Aussagen über das Kräfteverhältnis innerhalb der verschiedenen politischen Gruppierungen dar. Ein gewisser Abschluß der Auseinandersetzungen wurde erreicht, als am 16. Februar dieses Jahres eine Rede von Deng Xiaoping aus dem Jahr 1962 veröffentlicht wurde. In der Rede geht es um den „demokratischen Zentralismus“, also den Prozeß, in dem politische Entscheidungen nach langer Diskussion in den verschiedenen Parteigremien und beratenden Körperschaften durch die höchsten Organe der Partei getroffen werden.

Der Veröffentlichung dieser alten Rede Dengs wurden keinerlei Erklärungen oder Interpretationshilfen beigegeben. Aus dem historischen Zusammenhang, in dem die Rede erstmals gehalten wurde, läßt sich aber schließen, daß damit ein Plädoyer für einen *Mittelkurs* zwischen Reform und Restauration das Wort geredet sein sollte. In einer Begegnung mit *Robert Mugabe*, dem Ministerpräsidenten von Simbabwe, hat Deng Xiaoping am 31. März erklärt: „Will China sich entwickeln, muß es an der Öff-

nung nach außen und an der Reform im Inneren festhalten. Die Reform enthält die Reform der politischen Struktur des Überbaus ... Wir müssen diese Politik fortsetzen und die Tür noch breiter öffnen. Da wir über große Potenzen verfügen und unsere Politik richtig ist, darf die Öffnung nach außen nicht die Grundlagen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung beeinträchtigen.“

Spätestens im Oktober dieses Jahres, wenn der 13. Nationalkongreß der chinesischen kommunistischen Partei zusammentritt, wird es sich deutlicher zeigen, wie sich die Gewichte im Kampf um die Linie der Partei und der Politik Chinas verteilen. Wird dann Zhao Ziyang auch offiziell zum Generalsekretär der Partei gewählt, wie wird der Posten des Ministerpräsidenten dann vergeben, und wie setzt sich das neue Politbüro zusammen? Gegenwärtig sieht es noch so aus, als ob die Richtungskämpfe noch eine Weile weitergehen würden.

Vorläufig keine Auswirkungen auf die Religionspolitik?

Neugierigen oder besorgten Fragen aus dem Ausland an chinesische Stellen, ob die Auseinandersetzungen um die „bürgerliche Liberalisierung“ negative Auswirkungen auf die Religionspolitik Chinas haben werde, wird versichert, daß mit den negativen „bürgerlichen Elementen“ nicht die Religionen und Kirchen gemeint seien. Es seien keinerlei Änderungen in der seit einigen Jahren bewährten Religionspolitik zu befürchten. Für beide Gruppen haben in letzter Zeit jeweils *nationale Treffen* stattgefunden, auf denen die weitere Arbeit beraten und beschlossen werden konnte. Die chinesische katholische patriotische Vereinigung (CCPA) und das Komitee für kirchliche Verwaltungsangelegenheiten (CCAC) haben im November 1986 in Peking getagt. Es fanden Neuwahlen für die verschiedenen Gremien statt, bei denen es wenig neue Gesichter gab.

Der dort vorgelegte Rechenschaftsbericht über den Stand der katholischen Kirche in China zeugte vom *Wachstum der kirchlichen Strukturen*. Es wurde eine Zahl von 1900 geöffneten katholischen Kirchen (1980 gab es gerade 1!) und 7 Priesterseminaren genannt. Im Zeitraum 1980–86 wurden 26 Bischöfe gewählt und konsekriert, die letzten vier während der Tagung in Peking. Die Gesamtzahl der mit der CCPA kooperierenden Bischöfe beläuft sich damit auf 48. Angaben über die Stärke und Organisation der sog. „romtreuen Katholiken“ sind natürlich in einem offiziellen Bericht der CCPA nicht zu erwarten. Immerhin konstatierten ausländische Beobachter des Kongresses, daß es keine öffentlichen Angriffe in Richtung Papst und Vatikan gab, daß intern aber sehr ernst und engagiert über das Verhältnis zum Papst und der Gesamtkirche diskutiert wurde. Es wurde die *Einrichtung eines liturgischen Komitees* beschlossen, das die Aufgabe bekommen hat, die Än-

derung der lateinischen liturgischen Texte ins Chinesische, in die Muttersprache, zu studieren. Herausgestellt wird auch, daß mehr als 950 Katholiken in den nationalen oder lokalen Volkskongressen und den verschiedenen Gremien der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes vertreten sind. 1600 Katholiken wurden als vorbildliche Glieder der chinesischen Gesellschaft öffentlich belobigt und ausgezeichnet. Am Schluß wird auch noch vermerkt, daß sich die Katholiken in besonderer Weise am Einsatz für Hungernde in Afrika beteiligt hätten.

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Kontinuität in der Religionspolitik verdient die Diskussion um die bleibende *Gültigkeit der marxistischen Religionskritik*, die in den letzten Monaten geführt wurde, besondere Beachtung. Begonnen hatte die Debatte mit einem Aufsatz des Vize-Präsidenten der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften in Peking, *Zhao Fusan*, der die Frage aufwarf, inwieweit die marxistische Religionskritik, die durch Lenin verschärft und vergrößert worden sei, heute noch die chinesische Religionspolitik bestimmen könne. (vgl. *Social Sciences in China* 7, 1986, Nr. 3, S. 31–50). Zhao's Argumentation gipfelte in der Frage: Kann man heute noch von der Religion als „Opium des Volkes“ reden, und entspricht das Verständnis dieser Aussage, die „Opium“ als ein Rauschgift versteht, eigentlich der Intention von Marx? Zhao, der selber anglikanischer Christ ist, kam zu dem Ergebnis, daß die Religionen, vor allem das Christentum, sich in der Zeit nach Marx in vieler Hinsicht so verändert haben, daß die marxistische Religionskritik sie nur noch sehr bedingt treffen kann. Für die chinesische Religionspolitik müßten sich aus der Einsicht in diese Veränderungen der Religionen ebenfalls Konsequenzen ergeben.

Auf diesen Beitrag und der dadurch ausgelösten Diskussion antwortete der stellvertretende Direktor der „Ver-einten Front“, *Jiang Ping*, in einem Artikel der Parteizeitung „Rote Fahne“ (Mai 1986, Nr. 9, 25–30). Auch wenn der Satz von der Religion als dem „Opium des Volkes“ nicht die ganze marxistische Religionspolitik zusammenfasse, so sei er auch heute noch unverzichtbar und weiterhin gültig. Auch die chinesische Religionspolitik müsse weiterhin von der marxistisch-wissenschaftlichen Erkenntnis ausgehen, daß die Religionen in der Entwicklung Chinas zu einer echten sozialistischen Gesellschaft von selber absterben werden. *Religionspolitik* sei noch nötig für diese Zeit des „Übergangs in den Untergang der Religionen“. Herablassend erklärt er, daß der Einfluß der Religionen in China zwar schon gewaltig zurückgegangen sei, daß es aber immer noch gewisse Kreise gäbe, die an den Religionen festhalten. Die chinesische Religionspolitik bleibe gültig, solange es noch Angehörige von Religionen gäbe, da sie nicht an eine bestimmte Zahl gebunden sei. Im Hinblick auf die chinesische Gesellschaft lassen sich ja gewisse positive Beiträge der Religionen nicht in Abrede stellen. Jiang nennt ausdrücklich die Medizin, die Künste und verschiedene

Kampfsportarten. Im übrigen bleibe das Gebot der Stunde, verstärkt atheistische Propaganda, besonders unter Jugendlichen zu betreiben.

Die Diskussion um die beiden Beiträge spiegelt in etwa auch den gegenwärtigen politisch-ideologischen Kampf zwischen den Gruppen der Reformer und der orthodoxen Ideologen wider. Auf der einen Seite stehen die *Realisten*, die mit Blick auf die unzweifelhaft wieder erstarkten Religionen in ihnen mögliche Partner für eine Realisierung der Politik der vier Modernisierungen und der Reformen sehen, auf der anderen Seite melden sich die *kommunistischen Kader* zu Wort, die nicht verstehen, warum der Staat sich erneut für sie einsetze und ihnen beim Aufbau ihrer Organisationen Hilfestellung leistete.

Für Spannungen ist weiter gesorgt

Der vielgelobte Realismus des Reformpolitikers *Deng Xiaoping*, für den die Wahrheit in den Tatsachen zu finden ist und dem die Farbe der Katze gleichgültig ist, solange sie Mäuse fängt, hat für einige Zeit die Diskussion um die „richtige“ Ideologie verdecken können. Die wirtschaftliche Liberalisierung, die Öffnungspolitik gegenüber dem Westen und der weitgehende Verzicht auf die sonst gewohnten ideologischen Kampagnen haben das geistige, politische und wirtschaftliche Klima in China verändert. Zugleich sind viele Erwartungen, Hoffnungen und auch Illusionen geweckt worden. Seitens der Parteilührung, auch von *Deng Xiaoping* selber, wurden mehrfach Maßnahmen gegen Personen und Ideen ergriffen, die Forderungen nach weitergehender Demokratisierung, nach mehr Freiheit und größerer Achtung der Menschenrechte stellten. Aber die *innere Logik der Reformpolitik* scheint dazu zu führen, daß immer wieder ähnliche Forderungen laut werden. Auf dem wirtschaftlichen Sektor ist es zu deutlich, daß eine wirtschaftliche Liberalisierung mit immer mehr Elementen einer Markt-

wirtschaft mit einer kommunistischen zentralen Planwirtschaft kollidieren muß. Eine Förderung der Wissenschaft und der Intellektuellen wird zwangsläufig die Forderung nach der Eigenständigkeit der wissenschaftlichen Forschung von Direktiven durch Parteigremien mit sich bringen. Das Einschärfen der vier Grundprinzipien – in welcher Reihenfolge auch immer – allein kann die Diskussion um die eigentlichen Ziele der Reformpolitik nicht inhaltlich beantworten. Der „Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung“ mag sich tatsächlich in erster Linie nach dem Willen der Initiatoren an die Parteimitglieder richten, trifft aber zwangsläufig auf die gesamte chinesische Gesellschaft, der die Illusion genommen werden soll, daß ein kommunistisches Regime von sich aus den Wandel der chinesischen Gesellschaft in Richtung auf eine Demokratie nach westlichem Verständnis betreiben könnte.

Der *Anspruch der KP Chinas* ist eindeutig: sie will weiterhin die politisch, gesellschaftlich und ideologisch bestimmende Kraft des Landes bleiben. Anerkennung der Eigenständigkeit und Zuständigkeit von anderen Kräften, z. B. selbständige Gremien in den Universitäten, Eigenständigkeit der Justiz, Trennung von Partei- und Regierungsgewalt und ähnliche Überlegungen, die auf eine Teilung der Gewalten hinausliefen, sind für orthodoxe Marxisten und Kommunisten in China nicht diskutierfähig. Es wird abzuwarten bleiben, wie die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und der Gesellschaft Chinas im großen sich weiter entwickeln. Wenn die Reformpolitik weiter fortgesetzt wird – und die offiziellen Erklärungen laufen immer noch in diese Richtung –, dann werden die Sprengkräfte, die damit zwangsläufig freigesetzt werden, auch weiterhin für Spannungen sorgen, die das Dilemma verschärfen: Fortsetzung der Reformpolitik bedingt letztlich gesellschaftliche Änderungen – dies die eine Seite. Auf der anderen Seite steht der Anspruch der Partei: Reformpolitik ja – aber keine gesellschaftlichen Änderungen.

Georg Evers

Kurzinformationen

Der Kardinalsrat für die wirtschaftlichen Probleme des Heiligen Stuhls regte eine Beteiligung der Ortskirchen an den Ausgaben der zentralen Organe der Kirche an.

Im Anschluß an eine dreitägige Sitzung des Kardinalsrates wurde im Vatikan bekanntgegeben, daß sich das *Defizit des Heiligen Stuhls* im laufenden Jahr 1987 voraussichtlich auf rund 82 Milliarden Lire (rund 63 Millionen US-Dollar) belaufen werde. Für das Rechnungsjahr 1986 liegen demnach zwar noch keine abschließenden Zahlen vor. Nach Schätzungen sollen aber die zu erwartenden Einnahmen des Heiligen Stuhls nicht einmal ausreichen, um die Hälfte der Ausgaben zu decken. Das steigende

Defizit des Heiligen Stuhls nahmen die Teilnehmer an den Beratungen, zehn Kardinäle aus fünf Kontinenten, unter ihnen der Kölner Erzbischof Kardinal *Joseph Höfner* und vier mit Finanz- und Verwaltungsfragen befaßte Kurienkardinäle, zum Anlaß, in einem Brief die Bischöfe in aller Welt zu einer „umfangreichen, organischen Beteiligung der Ortskirchen an den Ausgaben für die Funktionsfähigkeit der zentralen Organe der Kirche“ aufzufordern. Sie appellieren an den Gemeinschaftssinn aller und an die mit der Kollegialität zwischen Papst und Bischöfen bei der Leitung der Weltkirche verbundene Verpflichtung zu wirksamer Beteiligung an der Hirten Sorge des Papstes. Konkrete *Vorschläge für eine solche Beteili-*